

Halber Sieg

Sebastian Kurz hat die Nationalratswahlen in Österreich deutlich gewonnen. Die Suche nach einem Regierungspartner wird aber schwierig. Kommt jetzt Schwarz-Grün?

Nach einem inhaltslosen Wahlkampf, einigen Skandalen und mehr als 23 Abenden mit mehr als 500 Stunden an Wahlinformation und TV-Duellen hat am vergangenen Sonntag, dem Wahltag, Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen angekündigt: Bei der Regierungsbildung werde ich keinen Zeitdruck machen. Mit dem Hinweis hat das Staatsoberhaupt vorweggenommen, dass die Regierungsbildung nicht leicht sein wird. Immerhin ist das Wahlergebnis etwas anders ausgefallen, als dies die Umfragen vorhergesagt haben. Die Strategiespiele von Ex-Kanzler Sebastian Kurz sind durcheinandergebracht.

Das Wahlergebnis weist einige Besonderheiten auf: Noch nie hat eine Partei mit einem derart großen Abstand auf den Zweitplatzierten eine Wahl in Österreich gewonnen. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) liegt bei 37,5% (plus 6 Prozent), die Sozialdemokraten (SPÖ) bei 21,2% (minus 5,6 Prozent) – es ist das historisch schlechteste SPÖ-Ergebnis. Die Grünen mit 13,8 (plus 10,2) und die liberalen Neos mit 8,1% (plus 2,5 Prozent) haben hingegen ihr historisch bestes Ergebnis erzielt.

Hat das Alter Einfluss auf die Wahlentscheidung? Ja. Die ÖVP hätte wohl die absolute Mehrheit erzielt, wenn nur die Pensionisten gewählt hätten – 45 Prozent von ihnen machten ihr Kreuzerl bei der ÖVP. Was das Wahlverhalten der bis zu 29-Jährigen betrifft, so haben es die Institute Sora und ISA festgestellt, liegen ÖVP und Grüne gleichauf (27 Prozent). Die FPÖ ist konkurrenzlos die Arbeiterpartei (48 Prozent), die ehemalige Partei der Arbeiterklasse, SPÖ, kommt nur mehr auf die Hälfte davon. Beim Wahlverhalten nach Bildung liegen die Grünen mit Matura und Hochschulabschluss an erster Stelle (32 Prozent), dicht gefolgt von der ÖVP (31 Prozent).

Trotz des hohen Wahlsieges der ÖVP kann der 33-jährige Ex-Kanzler Sebastian Kurz nicht ganz zufrieden sein. Denn obgleich seine ÖVP stärker abgeschnitten hat als erwartet, hat umgekehrt die FPÖ mit 16,2 Prozent (ein Minus von knapp zehn Prozent) weit schlechter abgeschnitten, als es die Umfragen vorhergesagt haben. Kurz steht als Bundeskanzler fest, aber es ist ihm sein bevorzugter Koalitionspartner abhanden gekommen. Die FPÖ hat vorerst einmal angekündigt, das Ergebnis sei sicher kein Wählerauftrag, in eine neue Regierung zu treten.

Dabei war es der FPÖ recht souverän gelungen, den „Ibiza“-Skandal aus dem öffentlichen Diskurs zu verdrängen,



So sehen die österreichischen Sieger aus: Sebastian Kurz und seine ÖVP (oben) gewann mit deutlichem Abstand. Auch Werner Kogler und die Grünen feierten.



Foto: Apa/Georg Hochmuth

Foto: Apa/Roland Schläger



dessentwegen Kurz die Koalition im Mai aufgekündigt hatte, um dann von einer parteiübergreifenden transversalen Mehrheit als Kanzler abgewählt zu werden. Immerhin haben sich nach einer Vorwahltagsbefragung von Fritz Plasser, dem Altmeister der österreichischen Wahlanalysen, und Franz Sommer, lediglich acht Prozent der Wähler und Wählerinnen wegen des „Ibiza“-Skandals ernste Sorgen gemacht.

Wie der Wahlkampf angefangen hatte, endete er auch: mit einem Skandal. Wiederum war es Heinz-Christian Strache, der im Zentrum der negativen Aufmerksamkeit stand. Ihm wird vorgeworfen, ein Luxusleben auf Kosten der Partei geführt und Spesenvergütungen mit zweifelhaften Belegen abgedeckt zu haben. Eine Woche vor dem Urnengang ließ das die Wut der FPÖ-Wähler hochkochen, auch so erklären sich die schmerzlichen Verluste.

Die FPÖ als rechtspopulistische Partei, die sich seit jeher als Partei des „kleinen Mannes“ in Szene setzt, wurde vom „kleinen Mann“ abgestraft. Die zehn Prozent an Wählern, die der FPÖ den Rücken gekehrt haben, sind etwa je zur Hälfte zur ÖVP gewandert oder zu Hause geblieben. Nur wenige haben den Weg zur SPÖ oder zu den Neos gefunden. Den Aderlass kann man auch daran ersehen, dass die FPÖ diesmal nur 54 Prozent ihrer Wähler von 2017 wieder für sich mobilisieren konnte. Ganz im Gegenteil zur ÖVP, die 86 Prozent der Wähler der letzten Nationalratswahlen halten konnte.

Eine Zerreißprobe in der FPÖ ist allerdings vorerst vermieden worden. Am Dienstag nach der Wahl hat Heinz-Christian Strache angekündigt, seine Mitgliedschaft in der „freiheitlichen Familie“ vorerst ruhen zu lassen und sich aus der Politik zurückzuziehen. Parteiobmann Norbert Hofer nahm dies „zur Kenntnis“. Damit ist Strache einem Ausschluss, vorerst, zuvorgekommen.

Kurz steht aber vor einem Problem. Noch wenige Tage vor der Wahl hatte er erklärt, er wolle seine erfolgreiche rechtskonservative Politik weiterführen. Das geht aber nur mit der FPÖ. Mit deren angekündigtem Rückzug stehen Kurz jetzt zweieinhalb Koalitionsoptionen offen: ÖVP-SPÖ oder ÖVP-Grüne, eventuell ausgeweitet auf ÖVP-Grüne-Neos.

Eine parlamentarische Mehrheit ginge sich mit der SPÖ aus, deren Gewerkschaftsflügel auf eine Regierungsbeteiligung drängt. Dies ginge auf Kosten der Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner, die in einem solchen Falle den Vorsitz ihrer Partei räumen müsste. Angesichts der vier im nächsten halben Jahr bevorstehenden Landtagswahlen (Vorarlberg, Steiermark, Burgenland und Wien) würde die Köpfung der SPÖ-Spitze aber zu einem parteipolitischen Desaster führen. Vorerst wird also nur auf Funktionärebene gestritten. Ganz abgesehen davon, dass eine Neuauflage der großen Koalition aus ÖVP und SPÖ, kurz GroKo, den Anspruch von Kurz, Österreich erneuern zu wollen, entgegenstehen würde. Kurz steht für Erneuerung und Zukunft, die GroKo für Vergangenheit. Einer Koalition mit der SPÖ stimmten kurz vor der Wahl nur 5 Prozent der ÖVP-Wähler zu, aber immerhin noch 30 Prozent der SPÖler.

bleiben die Grünen. Zwischen der rechtskonservativen Politik der ÖVP und der linksliberal-ökologischen Politik der Grünen gibt es erhebliche Unterschiede. Kurz hat angekündigt, mit

allen Parteien Gespräche führen zu wollen. Solche haben die Grünen zwar nicht abgelehnt, aber einer Koalition gegenüber erhebliche Vorbehalte angemeldet. Kurz, so die Ökosozialen, müsste eine 180-Grad-Wende in der Politik vollziehen und bei Themen wie ökologische Wende, Armuts- und Korruptionsbekämpfung und Flüchtlingspolitik einen neuen Kurs einschlagen. Aber gerade bei diesen Themen hat sich Kurz immer widersprüchlich bis ablehnend verhalten. Auch käme man nicht umhin, einige Maßnahmen der alten Regierung zurückzunehmen, wie etwa den 1,50-Euro-Stundenlohn für Asylbewerber.

Die Grünen verhalten sich abwartend und sind nicht bereit, insbesondere beim Klimaschutz, Abstriche zu machen. „So geil aufs Regieren“ sei man nicht, dass man Prinzipien über Bord werfe. Es darf nicht vergessen werden, dass 68 Prozent der Grün-Wähler die Partei wegen der „richtigen Klima- und Umweltpolitik“ gewählt haben. Man könne das Thema Klimaschutz auch vom Parlament aus pushen.

Kurz steht angesichts der Grünen vor einem doppelten Dilemma. Da sind einmal die unterschiedlichen politischen Positionen. Laut der Vorwahltagsbefragung von Plasser und Sommer bevorzugen die ÖVP-Wähler zu 34 Prozent eine Koalition mit der FPÖ, FPÖ-Wähler liegen bei ihrer Präferenz mit der ÖVP sogar bei 85 Prozent. Als zweite Option können sich die ÖVP-Fans am ehesten noch eine Koalition mit den Neos vorstellen (23 Prozent). 20 Prozent würden eine Dreierkoalition aus ÖVP, Grünen und NEOS präferieren.

Die neue türkise ÖVP unter Sebastian Kurz hat sich der Politik der FPÖ dermaßen stark genähert, dass sich vor der Wahl über 60 Prozent der FPÖ-Wähler durchaus vorstellen konnten, als zweite Präferenz die ÖVP zu wählen. Der Zuwachs von rund 6 Prozent bei der Kurz-Partei ging dann auch größtenteils auf FPÖ-Stimmen zurück. Eine Koalition mit den Grünen würde aber bedeuten, dass Kurz einen erheblichen Teil seiner Wähler enttäuschen würde. Gerade deshalb gibt es innerhalb der ÖVP auch Überlegungen, die Koalition neben den Grünen auf die Neos auszuweiten. Ein solches Dreiergespann hätte

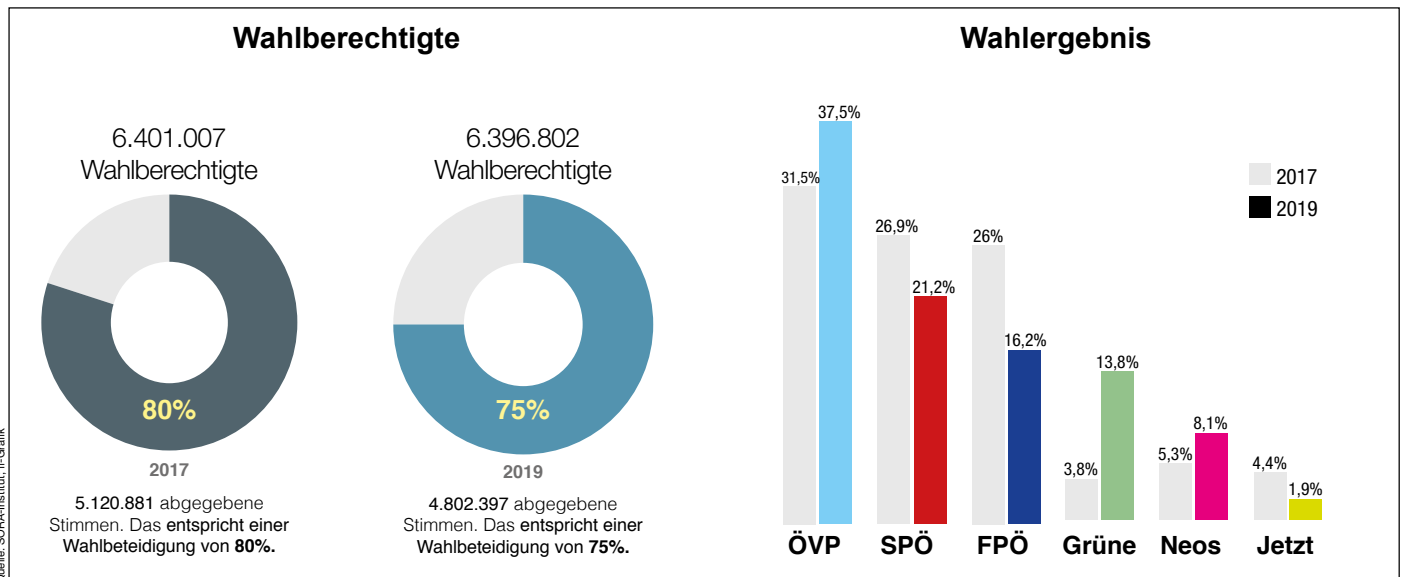


Foto: Ape/Herbert Neubauer, Ape/Hans Punz

in der Präferenz der Wähler eine halbwegs solide Basis. Dafür wären 20 Prozent der ÖVP-Wähler, 34 Prozent der Neos und 21 Prozent der Grünen. Außerdem regiert die ÖVP recht erfolgreich und relativ konfliktfrei bereits mit den beiden Juniorpartnern im Bundesland Salzburg.

Es bestehen also durchaus Chancen, dass Österreich erstmals von einer Koalition aus Volkspartei und Grünen regiert wird. Sebastian Kurz, der „Postideologe“, hat sich seit jeher politisch flexibel gezeigt. Einflussreiche ÖVP-Politiker haben diese Koalitionsoption bereits am Wahlabend wohlwollend angesprochen. Der wenn auch schwächelnde christlich-soziale Flügel der ÖVP hatte seit jeher Vorbehalte gegen eine Koalition mit Deutschnationalen und Rechtspopulisten. Außerdem bilden ÖVP und Grüne in den Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg (hier mit den Neos) bereits erfolgreiche Landesregierungen.

Wer sanft in diese Richtung drängen wird, wenn auch unauffällig und hinter den Kulissen, ist der Bundespräsident.



Quelle: SORA-Institut, ff-Grafik



Und wie geht es jetzt weiter: Das fragen sich auch Beate Meinl-Reisinger (links) und die FPÖ.

Van der Bellen war jahrelang der Bundessprecher der Grünen und hat beim „Ibiza“-Skandal klare Worte gesprochen. Der ÖVP-FPÖ-Koalition stand er immer reserviert gegenüber. Eine rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei an der Regierung hat nicht nur dem Image Österreichs geschadet, auch die klare europäische Verankerung des Landes hat darunter gelitten. Mit den Grünen an der Regierung würde Österreich in beiden Fällen eine eindeutige Kehrtwendung vornehmen. Außerdem würde die Beteiligung der Grünen die neue ökologische Politik der EU stärken. Sebastian Kurz würde als erster in Europa eine „Klimaschutzkoalition“ anführen. Gewissermaßen käme es zum Übergang von einer „GroKo“ zu einer „KliKo“.

Die Distanz zwischen den beiden Parteien ist allerdings erheblich. Das könnte Kurz dazu verleiten, nach erfolglosen Verhandlungen mit den Grünen zu argumentieren, er sei gezwungen, doch wieder eine Koalition mit der FPÖ einzugehen. Solche negative Erfahrungen haben die Grünen bereits im Jahre 2002 mit dem damaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) gemacht. Da scheut das gebrannte Kind das Feuer. Die FPÖ könnte argumentieren, die Oppositionshaltung aufzugeben und aus Liebe zum Vaterland in die Regierung einzutreten, um zu verhindern, dass mit den Grünen wieder Flüchtlinge ins Land strömen und um damit die Gefahr der Islamisierung des Landes zu stoppen.

Auch die SPD in Deutschland hatte nach der Bundestagswahl 2017 den Gang in die Opposition angekündigt und war dann doch in die Regierung mit Angela Merkel zurückgekommen, um den Vormarsch der AfD zu stoppen. In Österreich würde die FPÖ die Rolle der SPD übernehmen, um den Vormarsch der Grünen zu stoppen. Unter diesen Vorzeichen könnte auch noch die SPÖ wieder ins Spiel kommen.

Auch wenn sich derzeit Sebastian Kurz den Kopf zerbrechen muss, um den gordischen Knoten der künftigen Regierungskoalition zu lösen, seine Landesparteien in Vorarlberg und in der Steiermark sind mit dem Wahlergebnis auf Bundesebene voll zufrieden. Auf der Welle der ÖVP-Euphorie hoffen sie, in den sicheren Hafen des Wahlerfolgs surfen zu können. ■

Günther Pallaver

**Produzent
und Wein
des Monats**

Dorfmetzgerei Holzner
Lana

Kellerei Nals Margreid

www.pursuedtirol.com

Meran | Lana | Bozen | Bruneck